

wir für die städtischen und ländlichen Bereiche eine gute Handhabe haben.

Ein ganz wichtiges Umsetzungsgesetz, das im ersten Quartal dieses Jahres kommen muss, steht noch aus. Dort wird es u. a. um die Kompetenzen im Zusammenhang mit den Jobcentern gehen. Ihnen ist aus dem Vermittlungsausschuss bekannt, dass den Kommunen eine Option in der Frage eingeräumt werden soll, wer die Jobcenter vor Ort verantwortlich führt, ob das die Kommune oder die Bundesagentur sein wird. Dazu haben wir in Nordrhein-Westfalen eine eindeutige Position: Wir wollen die Führung bei der Bundesagentur verankern. Auch dazu gibt es Vorgespräche, die uns bei der Umsetzung in den nächsten Monaten helfen sollen, damit der schöne Gedanke nicht nur Theorie bleibt.

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister. - Eine dritte Zusatzfrage bei Frau Gemkow. Bitte.

Angelika Gemkow (CDU): Herr Minister, logisch zu sein scheint, dass Sozialmissbrauch von seiner Dimension her über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinausgeht und auch andere Bundesländer betrifft. Was geschieht insgesamt bundesweit? Haben Sie oder andere Ministerien auf Bundesebene Maßnahmenpakete erörtert?

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Minister.

Harald Schartau, Minister für Wirtschaft und Arbeit: Zur Zuständigkeit habe ich bereits vorhin bei der Beantwortung der Anfrage etwas gesagt. Die Bundesagentur fällt in die Zuständigkeit des Bundes. Für jeden, der sich in diesem Bereich engagiert, ist natürlich die Frage des Missbrauchs prioritär, weil dadurch die Akzeptanz in der Bevölkerung für diese Unterstützungssysteme im wesentlichen Maße beeinflusst wird.

Trotzdem hat das Land keine direkten Kompetenzen, weil diese Leistungen im Rahmen einer Bundesbehörde sind. Wir drängen aber darauf, dass in der Frage des Missbrauchs über Datenausgleich und Zusammenarbeit bezüglich einer vermuteten Dunkelziffer eine klare Aufstellung erfolgt.

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Schartau. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich danke dem Herrn Minister für die Beantwortung. Damit ist die Mündliche Anfrage 129 erledigt, und wir sind damit am **Ende** der heutigen **Fragestunde**.

Ich rufe auf:

2 Gesetz zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/3538 - Neudruck

In Verbindung damit:

Gesetz zur Erweiterung der Kompetenzen und zur Demokratisierung des Kommunalverbands Ruhrgebiet

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2267

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Innere Verwaltung und
Verwaltungsstrukturreform
Drucksache 13/4902

zweite Lesung

Und:

Kommunale Zusammenarbeit im Ruhrgebiet optimieren - Offensive für eine aktive Ruhrregion

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/2333

Ich verweise auf den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4961** und die **Entschließungsanträge** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4956** sowie der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4960**.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Groschek.

Michael Groschek (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Beratungen zu unserem Gesetzentwurf haben eines deutlich gemacht: Die Größe einer Koalition sagt nichts über deren Qualität aus.

Ich will das verdeutlichen: Wir hätten die Chance gehabt, Herr Kollege Rüttgers, den Gesetzentwurf zur Reform des KVR mit einer sehr breiten Mehrheit in diesem Hause zu verabschieden; so war der Diskussions- und Verständigungsprozess an-

gelegt. Rot-Grün war in einem permanenten Dialog mit den Vertreterinnen und Vertretern Ihrer Partei. Das endete dann abrupt, als auf einmal - leider Gottes - bei Ihnen Parteiräson über regionalpolitische Kompetenz und Zuversicht gesiegt hat. Wir bedauern sehr, dass dieser Dialog abgerissen ist und dass Sie jetzt, kurz vor Toreschluss, aus der gemeinsamen Verantwortung wegtreten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich komme nun auf unseren Gesetzentwurf zu sprechen, meine Damen und Herren. Ich finde, der Gesetzentwurf macht deutlich, dass wir Kirchturnsdenken im Ruhrgebiet weiter abbauen, dass wir dem Ruhrgebiet neue Chancen zu einer kompetenteren regionalen Zusammenarbeit eröffnen und dass wir dem Ruhrgebiet einen starken erneuerten Verband geben, in dem sich das Ruhrgebiet selbst so organisieren kann, dass es seine Stärken ausbauen und seine Schwächen Zug um Zug abbauen kann.

Schauen wir auf die Entwicklung dieses Gesetzentwurfs, Herr Palmen - wir hatten ja im Innenausschuss die Gelegenheit, uns darüber auszutauschen -, wird eines deutlich: Dieser Gesetzentwurf trägt nicht nur die rot-grüne, sondern in den Fundamenten auch Ihre Handschrift. Die Stockwerke oberhalb des Fundamentes durften Sie jedoch nicht mehr mitbauen. Aber viele andere interessierte Menschen in diesem Lande haben mitgebaut, unter anderem die Oberbürgermeister und Landräte dieses Landes.

Beteiligt war ausdrücklich und namentlich Ihr Parteikollege Wittke. Er hat an der Anhörung teilgenommen und verdeutlicht, wie wichtig das Oberbürgermeister- und Landrätepapier als Kompass dieser Reform ist. Uns erstaunt schon, Herr Kollege Rüttgers, wie sich Ihr Kollege Wittke auf einmal in die Sträucher schlägt, wie er als Parteisoldat zurück ins Glied geht und nicht nur bei der Gemeindefinanzreform wegtaucht, sondern auch beim KVR jegliche Mitverantwortung negiert und damit die Interessen des Ruhrgebietes mit Füßen tritt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich möchte Ihnen deutlich machen, dass wir als rot-grüne Koalition sehr stark an dem Vorschlag der Oberbürgermeister und Landräte geblieben sind. Das bestätigen ja auch die beiden anderen Oberbürgermeister, die an der Anhörung teilgenommen haben, nämlich die Herren Drescher und Langemeier, die ja nicht immer ein Herz und eine Seele sind und beim Blick aufs Ruhrgebiet eine Brille tragen. Aber in Sachen Oberbürgermeister-

papier und KVR-Reform ziehen diese beiden, wie viele andere auch, an einem Strang.

"Planung aus einem Guss für das Ruhrgebiet" war das Stichwort. Die Oberbürgermeister haben Folgendes gefordert.

Erstens: die Aufstellung eines übergeordneten Masterplans.

Zweitens: Der RVR, also der neue Regionalverband Ruhr, muss Träger öffentlicher Belange sein, damit er seine Interessen gegenüber den Kommunen durchsetzen kann.

Drittens: Der Regionalverband muss Dienstleister bei der Erstellung von neuen Flächennutzungsplänen sein.

Viertens: Die Aufstellung von neuen Flächennutzungsplänen soll auch zwischen kreisangehörigen und kreisfreien Städten möglich sein.

So das Oberbürgermeister- und Landrätepapier, das ja maßgeblich von Ihnen mitgeschrieben wurde. Diese Forderungen sind von uns 1:1 umgesetzt worden.

Wir haben die Masterpläne als neues innovatives Planungsinstrument aufgenommen. Damit hat das Ruhrgebiet zum ersten Mal eine realistische Chance, sich selbst eine Regionalentwicklungsplanung zu geben, und zwar mit politischen Schwerpunkten, die nicht in Düsseldorf oder in Brüssel, sondern vor Ort in eigener, autonomer politischer Selbstbestimmung definiert werden. Das ist ein gewaltiger Fortschritt, meine Damen und Herren.

Wir finden auch, dass in dem Oberbürgermeisterpapier zu Recht darauf hingewiesen wurde, dass im Ruhrgebiet keine Gebietsentwicklungsplanung mehr stattfinden soll. Damit sind die Oberbürgermeister und Landräte im Grunde Vorreiter einer Entwicklung, die von uns im Gesetzentwurf gestützt und getragen wird.

Wir haben in dem Gesetzentwurf klipp und klar deutlich gemacht: Wir wollen ein neues, zusätzliches Planungsinstrument, nämlich neben den Masterplänen für das gesamte Ruhrgebiet die regionalisierten Flächennutzungspläne. Dann sollen Kommunen und Teilräume im Ruhrgebiet städteübergreifend sagen können: Wir brauchen keinen Regierungspräsidenten mehr, der uns planerisch auf die Sprünge hilft; wir brauchen keine Gebietsentwicklungsplanung mehr für unseren Teilraum - diese ist abgeschlossen, müsste allenfalls weiterentwickelt werden -, sondern wir brauchen ein interkommunales neues Planungsinstrument.

Dieses neue Planungsinstrument, das Wittke, Ihre Landräte und Ihre anderen Oberbürgermeister fordern, bekommt das Ruhrgebiet jetzt mit dem regionalisierten Flächennutzungsplan. Also sind wir auch da 1:1 den Wünschen der Oberbürgermeister im Ruhrgebiet gefolgt.

Das Gleiche gilt für die Projekt Ruhr GmbH. Da wurde von den urgewählten Vertretern des Ruhrgebiets gefordert: Wir wollen die Nachfolge der Projekt Ruhr GmbH verantwortlich antreten. - Im Gesetzentwurf ist ein Vorschlag gemacht worden, dass das Ruhrgebiet selbst entscheiden kann, welche Projekte der Projekt Ruhr GmbH in Eigenverantwortung weitergeführt werden sollen und dass ein Interessenausgleich zwischen Land und Region herbeigeführt werden muss, also der Region die Finanzverantwortung nicht vor die Füße gekippt werden kann. Somit wurde der Wunsch der Oberbürgermeister und Landräte auch hier fair, 1:1, übersetzt.

Es geht weiter bei den Pflichtaufgaben. Neue Pflichtaufgaben sind hinzugekommen, im Grunde das Weiterführen des wertvollen IBA- Erbes, Stichworte: Emscher Landschaftspark, Route der Industriekultur - ebenfalls gemäß dem Papier der Oberbürgermeister und Landräte.

Wir haben noch andere wichtige Pflichtaufgaben für den Verband definiert, um ihm Schlagkraft für die Regionalentwicklung zu geben: regionale Wirtschaftsförderung als neues Markenzeichen, regionales Standortmarketing, Entwicklung und Vermarktung von großen, regional bedeutsamen Gewerbeflächen, regionale Tourismusförderung, Öffentlichkeitsarbeit. Das ist die Schlagkraft präsentierende Neuordnung von Pflichtaufgaben - 1:1 im Schulterchluss mit den Oberbürgermeistern und Landräten - in unserem Gesetzentwurf, dem Sie nicht mehr zustimmen wollen.

Letzter Punkt zum Vergleich des Papiers der Oberbürgermeister und Landräte mit unserem Gesetzentwurf: freiwillige Aufgaben. Auch da 1:1-Übersetzung! Kultur- und Sportprojekte sollen fortgeführt werden, wenn der Verband das will, also wenn die Region es will. Für die Errichtung und den Betrieb von Freizeitanlagen gilt das ebenso.

Wir haben ebenfalls den Wunsch aufgenommen, den neuen Regionalverband Ruhr als kommunalen Dienstleister auszubauen. Gegen Kostenerstattung kann er für einzelne Kommunen noch mehr Dienstleistungen erbringen, wenn die einzelne Kommune es will. Auch das ist neu.

Regionaler Zuschnitt und Mitgliedschaft: Da gibt es den einen einzigen Unterschied zwischen dem

rot-grünen Gesetzentwurf und dem, was Ihre Oberbürgermeister und Landräte von uns gewünscht haben. Die Oberbürgermeister und Landräte haben gesagt: Wir wollen das Freiwilligkeitsprinzip schon 2004 verwirklicht wissen; schon in diesem Jahr müssen Städte und Gemeinden das Recht haben, aus dem Regionalverband auszutreten. - Da haben wir zu den Revieroberbürgermeistern von CDU und SPD gesagt: Jetzt mal halblang! Wir brauchen eine solidere Perspektive. Oliver Wittke, auch du musst mal bei der Flucht aus dem Regionalverband Pause machen! Lasst uns das auf 2009 optieren; die Städte und Gemeinden sollen frühestens 2009 qualifiziert entscheiden können, ob sie austreten oder mitmachen, denn der neu konstituierte Verband braucht natürlich Sicherheit in der Perspektive. Die Städte müssen sich zunächst einmal in die Wahrnehmung ihrer neuen Aufgaben hineinfinden. Deshalb da der einzige Unterschied. Ansonsten 1:1.

Wenn man bilanziert, stellt man fest, dass auch die Forderung nach mehr Demokratie erfüllt ist:

Erstens wird das jeweilige Kommunalwahlergebnis repräsentativer abgebildet. Die kleinen Parteien werden in der neuen Versammlung etwas stärker vertreten sein als in der Vergangenheit. Wir haben auch vorgesehen, dass die innere Organisation des Verbandes, also die entscheidenden Gremien, deutlich aufgewertet wird. Das gilt für die Verbandsversammlung, das gilt aber auch für das neue Gremium Vorstand. Wir wollen eben nicht, dass sich diejenigen, die das Ruhrstadtlied am lautesten singen, nach dem Chorgesang praktisch aus der Verantwortung für die Kärnerarbeit stehlen. Im Vorstand sind die hauptamtlich verantwortlichen Repräsentanten der Städte zusammengefasst, um Regionalpolitik im Verband zu bündeln und regionale Verantwortung da wahrnehmen zu lassen, wo sie kommunal repräsentiert wird.

Der zweite Punkt: Die Kompetenzen des Geschäftsführers werden aufgewertet. Bei der tariflichen Eingruppierung wird er den Regierungspräsidenten gleich gestellt.

Die Abgrenzung zur Verwaltungsstrukturreform ist ein Punkt, über den wir vielleicht noch länger diskutieren könnten, Kollege Rüttgers. Wir haben mit diesem Gesetzentwurf im Grunde einen gemeinsamen Diskussionsprozess vollendet, den Sie unterbrochen bzw. abgebrochen haben - ich wiederhole: aus parteitaktischen Gesichtspunkten. Wir wissen, dass dieser Gesetzentwurf zur Neukonstruktion Regionalverband Ruhr einem neueren, größeren Reformvorhaben nicht im Wege stünde. Eine Verständigung beider großer Parteien auf

einen wann auch immer umzusetzenden großen Wurf würde nicht daran scheitern, dass wir dem Ruhrgebiet heute eine moderne Regionalverfassung und eine moderne Regionalorganisation geben.

Deshalb: Überlegen Sie sich Ihr Abstimmungsverhalten noch einmal! Das, was Sie anführen, wir bräuchten einen GEP für das Ruhrgebiet, dann wäre Ihre Zustimmung gesichert, widerspricht nicht nur jeglicher Vernunft, sondern auch dem erklärten Willen Ihrer Oberbürgermeister und Landräte. Das verstehen wir nicht. Deshalb noch einmal: Helfen Sie mit! Eröffnen Sie dem Ruhrgebiet heute neue Chancen! Das Ruhrgebiet hat es verdient und braucht keine parteitaktischen Überlegungen Ihrerseits. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Groschek. - Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Rüttgers, CDU-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Groschek, bei Ihrem Auftritt hier gerade fiel mir der alte Satz von Heiner Geißler aus dem Deutschen Bundestag ein: Lügen haben kurze Beine, kürzer sind dem Groschek seine.

(Heiterkeit und Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU - Mark Jan Eumann [SPD]: Mein Gott! Unverschämt!)

Wie man sich hier hinstellen und ein solches Zeug absondern kann, ist mir unbegreiflich. Unbegreiflich! Da sitzen wir - übrigens noch gestern Abend - und versuchen, eine Lösung für die Verwaltungsreform zu bekommen, und dann kommen Sie - Sie waren dabei - und machen hier einen solchen Auftritt.

Die Wahrheit ist, dass wir, die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, lange Zeit darüber geredet haben, wie wir im Ruhrgebiet, das seit Jahren in einer schweren Lage ist, weiterkommen. Die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet ist hoch, das Wachstum ist niedrig, der Strukturwandel ist stecken geblieben. Es gibt eigentlich niemanden im Ruhrgebiet und auch niemanden darüber hinaus, der nicht sagt: Wir brauchen in dieser multipolaren Metropole endlich eine Stelle, die in der Lage ist, gemeinsam verbindliche Beschlüsse zu fassen, die für alle gelten.

Es hat Diskussionen im Ruhrgebiet gegeben. Die Oberbürgermeister haben sich ganz präzise geäußert. Wir haben einen Diskussionsprozess ge-

habt. Wir hatten einen Dissens. Sie haben versprochen, eine Antwort zu geben. Statt sie zu geben, haben Sie im Innenausschuss Ihre eigenen Vorstellungen durchgezogen. Sie ziehen sie heute hier durch.

Das Kernproblem ist aber nach wie vor nicht gelöst: Wer macht im Rahmen des Aufbaus zwischen Landesplanung, Gebietsentwicklungsplanung, Flächennutzungsplanung und Bebauungsplanung eine gemeinsame rechtsverbindliche Planung für das Ruhrgebiet? Dies ist in Ihrem Gesetzentwurf nicht vorgesehen. Deshalb ist dieser Gesetzentwurf nicht tauglich, dem Ruhrgebiet nach vorne zu helfen.

(Beifall bei der CDU)

Es nützt eben nichts, mit noch so vielen Worten neue gemeinsame GmbHs zu gründen, neue Broschüren herauszugeben und Ähnliches mehr. Zum Schluss geht es immer um die Frage der rechtlich verbindlichen Handlungsfähigkeit. Das ist das, was hier fehlt. Was wir im Ruhrgebiet brauchen, ist ein Aufbruch durch Freiheit und Einheit. Was wir nicht brauchen, ist eine weitere Zersplitterung.

Das, was Sie heute beschließen, ist allenfalls eine Halbheit und zudem durch Mutlosigkeit geprägt. Es gibt einen Grund dafür: Sie schaffen es in Ihrem komplizierten Geflecht - in solchen Formen arbeitet jeder von uns - im Ruhrgebiet nicht, neue Strukturen aufzubauen. In Wahrheit ist die SPD - zumindest in dieser Frage, nach meiner Meinung aber auch darüber hinaus - in einer Art und Weise strukturkonservativ, dass Zukunft verschüttet und begraben wird, anstatt in diesem Land Zukunft zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Gestern haben wir - die Regierungskoalition, die Regierung und die CDU - weiter über die große Verwaltungsreform geredet. Dieser Punkt hier müsste dort eigentlich mitentschieden werden; er gehört dort hinein. Deshalb hatten wir übrigens auch gemeinsam verabredet, dieses Gespräch abzuwarten. Sie haben es vorgezogen, schon vorher alles im Innenausschuss durchzuziehen. Sie ziehen es heute einen Tag nach.

Für uns stellte sich daher eine schwierige Frage. Diejenigen, die dabei waren, wissen, dass das Ganze gestern kurz vor dem Scheitern stand. So etwas macht man unter Verhandlungspartnern normalerweise natürlich nicht. Für uns war es wirklich ganz schwierig, zu entscheiden, ob wir weitermachen.

Wir glauben allerdings, dass es falsch wäre, die Bemühungen, parteiübergreifend zu einer Lösung in der Verwaltungsreform zu kommen, wegen Ihres Verhaltens einfach zu beenden. Wir werden das einfach hinnehmen und unsere Meinung dazu sagen:

Das Ganze wird nicht lange Bestand haben; irgendwann wird es in diesem Land eine Verwaltungsreform geben.

Ich bin froh darüber, dass es gestern gelungen ist, das Scheitern zu verhindern - nicht Ihretwegen, Herr Groschek; in diesem Zusammenhang haben sich Herr Innenminister Behrens und Frau Umweltministerin Höhn verdient gemacht. Wir werden jetzt weiter miteinander reden.

Der Ministerpräsident hat heute Morgen gesagt - dem stimme ich ausdrücklich zu -: Es gibt eine Chance. Wir sind nicht in allen Punkten einig; wahrlich nicht. Es gibt auch noch keinen Durchbruch; überhaupt nicht. Wir wollen aber schauen, dass wir weiterkommen. - Ich halte das für richtig.

Was Sie heute hier machen, ist eine Belastung dieses Prozesses. Wir werden dies jetzt einfach hinnehmen, weil es um Nordrhein-Westfalen insgesamt geht. Wir bedauern, dass die Chance für das Ruhrgebiet verpasst worden ist. Das haben Sie zu verantworten. Wir werden uns aber nicht daran hindern lassen, weiter für das Ruhrgebiet zu arbeiten - so, wie die Oberbürgermeister das auch gesagt haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Dr. Rüttgers. - Das Wort hat Herr Kollege Ellerbrock, FDP-Fraktion.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP vertritt eine völlig andere Position. Wir sagen: Freiwilligkeit statt Zwangskorsett.

Sie reden die ganze Zeit über "das Ruhrgebiet". Gibt es "das Ruhrgebiet" eigentlich? Das Ruhrgebiet ist historisch gewachsen. Kohle und Stahl waren die Basis. Um 1900 hatte man gemeinsame Probleme mit der Wasserversorgung; deswegen gab es den Ruhrverband. Man hatte Probleme mit der Abwasserbeseitigung; deshalb gab es das Emscher-Konzept. Es traten Probleme mit dem Verkehr auf; die Verkehrskonzeption Ruhr-schnellweg/B 1 wurde gebaut.

Es gab die Problematik der Siedlungsstruktur und in diesem Zusammenhang die Grün-Kommission beim Regierungspräsidenten Düsseldorf: 1910

wollte man einen Siedlungsbrei verhindern und hat eine Konzeption der regionalen Grünzüge entwickelt, die bis heute sinnvoll war und tragfähig ist. Zeitgleich wurde in Hamburg das genauso sinnvolle Schumacher-Modell entwickelt. Man sagte: Siedlungsentwicklung längs des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs; dazwischen "Freiraum".

Das war die Stimmung der Zeit. Der SVR hat sinnvoll gewirkt; das Ganze war eine sinnvolle Sache.

Das Ruhrgebiet ist historisch gewachsen. Heute aber: Niedergang von Kohle und Eisen. Das waren die verbindenden Elemente. Eisen und Stahl gibt es heute noch in Duisburg. Kohle verliert zunehmend an Bedeutung. In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, dass es die SPD in Recklinghausen war, die sich zum ersten Mal im Ruhrgebiet dagegen verwahrt hat, dass unter einer Stadt Kohle abgebaut wird. Die Solidarität zur Kohle im Ruhrgebiet schwindet.

Wir haben im Ruhrgebiet starke Zentrifugalkräfte. Dortmund fühlt sich als Versicherungsstadt und als Tor nach Westfalen. Duisburg fühlt sich als Logistikscharnier zum Niederrhein, als Tor zu den Niederlanden, anders als die zentrale Region um die Städte Wattenscheid, Essen, Bochum, Gelsenkirchen und Herne. Das sind die Bereiche, die sich noch als Ruhrstadt fühlen. Hier ist die Idee der Ruhrstadt wirklich lebendig.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Trotzdem - ich betone es noch einmal - hat sich die Arbeit des SVR und des KVR gelohnt. Wenn die regionalen Grünzüge teilweise auch als Instrument zu Restflächen für Autobahnen, Leitungstrassen und Mülldeponien verkommen sind, so sind sie doch da. Tatsache ist, dass keine europäische Industrieregion so grün ist wie das Ruhrgebiet. Das ist positiv.

Genauso positiv sind die Freizeitanlagen, die RuhrPottCard - eine neue Idee des KVR -, das hervorragende Stadtplanwerk und die gelungene Öffentlichkeitsarbeit unter dem Motto "Das Ruhrgebiet. Ein starkes Stück Deutschland."

Wie stark ist dieses "starke Stück Deutschland" aber wirklich? Es ist doch nur so stark, wie es die Verbandsmitglieder zulassen. Diese achten allerdings vor allem darauf, dass es eben keinen starken Verband gibt: Koste es, was es wolle - Kleinstaaterei und Kleinstädtereie sind wirklich vorhanden. Das war auch der Grund, warum dieser Landtag bzw. seine SPD-Fraktion im Jahr 1976 den SVR zum KVR ohne Planungskompetenz

kastriert hat. Das muss man einmal ganz deutlich sagen.

Meine Damen und Herren, wo waren denn alle die Kommunalpolitiker, die heute nach Planungskompetenz und einem starken Verband rufen, in den letzten Jahren? Hat das Ruhrgebiet wirklich die erste politische Garnitur in die Verbandsversammlung geschickt? Tatsache ist: Es gibt Neid unter den Verbandsmitgliedern, bei der Wirtschaftsförderung und bei der Planung. Man will eben keinen starken Verband. SVR und KVR war immer der kleinste gemeinsame Nenner, auf den man im Zweifel in großer Gemeinsamkeit einprügeln konnte.

Im Übrigen sollten wir die Problematisierung der Regionalplanungskompetenz beiseite lassen. Das ist doch eine Monstranz. Kein Projekt ist verzögert oder gar verhindert worden. Das bestätigte der Präsident der Industrie- und Handelskammer Dortmund. Das bestätigen alle mir bekannten Regierungspräsidenten, angefangen bei Dr. Rohde, Dr. Stich, über Dr. Twenhöven, Frau Dr. Berve bis hin zu Dr. Behrens, Minister Kuschke und Jürgen Büssow.

Es war vielmehr umgekehrt: War es ein grenzüberschreitendes Problem, hat man sich in besonderem Maße bemüht, die planerischen Voraussetzungen besonders schnell zu schaffen.

Wichtig wäre gewesen - das habe ich gelernt -: Weg von den Instrumenten hin zur Idee. Das Recht zur Initiative hat der, der die Initiative ergreift. Es kommt auf die Mentalitätsänderung in den Köpfen an. Das ist wichtig und nicht irgendwelche Verfahrensfragen.

Meine Damen und Herren, wer noch nicht einmal einen gemeinsamen Flächennutzungsplan erarbeiten kann - wie das immer schon möglich war -, wie soll der einen regionalen Verband erarbeiten? Im Einzelfall mag der vorgesehene regionale Planungsverband greifen. Tatsache ist aber doch eines - das lehrt das Leben -: Was freiwillig nicht klappt, klappt unter Zwang erst recht nicht.

(Beifall bei der FDP)

Das kann nicht erfolgreich sein.

Alle diejenigen, die heute nach staatlicher Zwangsbeglückung, nach einem Zwangskorsett Regionalverband mit Pflichtaufgaben rufen, sind diejenigen, die nach außen immer die kommunale Selbstverwaltung darstellen. Unglaublich!

Warum jetzt eine Änderung des KVR-Gesetzes? Wollte nicht die Landesregierung eine Verwaltungsreform aus einem Guss? Warum dann jetzt

Strukturen festzimmern? Und deswegen sind wir auch gegen den CDU-Antrag. Und deswegen sind wir auch gegen den Antrag von SPD und Grünen.

Hier wird Verwaltungsstrukturreform genauso gehandhabt, wie Sie es mit dem Bürokratieabbau machen. Sie sprechen von Bürokratieabbau und richten eine neue Forstbehörde ein. Sie sprechen von einer Verwaltungsreform aus einem Guss und sagen jetzt: Wir zimmern neue Strukturen fest. Was heute beschlossen wird, wird morgen wieder geändert. Management by Chaos - das kann nicht richtig sein.

(Beifall bei der FDP)

Der Modellversuch OWL, den wir ja mittragen - auch wenn er uns nicht weit genug geht -, ist etwas anderes. Er ist zeitlich und regional begrenzt. Dem stimmen wir zu.

Meine Damen und Herren, eines muss man auch deutlich sagen: Im Entwurf steht unter § 6 der Masterplan. Das mag ja ein Vorteil sein, dass jetzt die Regionen gezwungen werden sollen, sich im Einzelfall an einen Tisch zu setzen. Die mangelnde Ziel-2-Förderung hat dazu beigetragen, dass man dies machen muss.

Es wird aber hinzugefügt: Der Masterplan ist ein Ziel der Regionalplanung, das bei den Flächennutzungsplänen zu berücksichtigen ist. Das ist also kein Ziel der Landesplanung. Man macht es etwas weniger scharf, indem etwas nur berücksichtigt werden soll.

Es folgt dann aber wieder die staatliche Zwangsbeglückung: Dieser Masterplan, das Ergebnis von Konsensgesprächen, muss nämlich wieder von der Landesplanungsbehörde genehmigt werden.

Meine Damen und Herren, der Masterplan ist doch eigentlich die Grundlage für ein Moderationsgespräch, also für ein Gespräch. Hier allerdings setzt mit der Genehmigung wieder die staatliche Zwangsbeglückung ein.

Dass der Flächennutzungsplan genehmigt werden soll, ist ja vernünftig. Aber der Masterplan, die Diskussionsgrundlage, das Ziel der Regionalentwicklung, das soll genehmigt werden? Sie reden doch die ganze Zeit von kommunaler Selbstverwaltung und Eigenverantwortung. Und hier bringen Sie den Staat durch die Hintertür wieder hinein. Diese staatliche Zwangsbeglückung ist nicht vernünftig.

Dem setzen wir unseren Antrag entgegen. Wir sagen ganz klar Ja zur Freiwilligkeit, Ja zum gemeinsamen Flächennutzungsplan, aber Nein zum staatlichen Zwangskorsett in einer Sonderverwal-

tungszone RVR, die der Verwaltungsstrukturreform vorgreift und sie präjudiziert. Das kann nicht richtig sein.

Wir sagen Ja zur Selbstorganisation. Wir wollen auch eine schnellere Austrittsmöglichkeit. Herr Groschek hat im Gegensatz dazu gesagt. Wir wollen erst einmal bis 2009 die Strukturen sich verfestigen lassen. Dann dürfen die Mitglieder erst wieder austreten. - Nein, das hat mit Freiwilligkeit nichts zu tun.

Wir setzen auf effizienten Mitteleinsatz und sagen Ja zur Umlagefinanzierung. Dann wird man schon gucken, dass nur sinnvolle Aufgaben wahrgenommen werden.

Jetzt komme ich noch zur Identifikation, die Sie immer hervorheben. Meine Damen und Herren, wer wirkliche Identifikation in der Ruhrstadt will, der setzt auf einen eigenen gewählten Repräsentanten und nicht auf die indirekte Wahl der Verwaltungsspitze und der politischen Spitze dieses Regionalverbands Ruhr. Hier sagen wir Ja zur Urwahl.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Als FDP setzen wir Freiwilligkeit und Eigenverantwortung der Kommunen gegen die von Ihnen beabsichtigte staatliche Zwangsbeglückung einer Sonderverwaltungszone Regionalverband Ruhr.

Wer sich für eine Identifikation des Ruhrgebiets und der Ruhrstadt einsetzen will, der steht zur Urwahl des Ruhrgebietsoberbürgermeisters. Derjenige lehnt auch Rot-Grün ab und stimmt dem Antrag der FDP zu. - Schönen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich jetzt Herrn Dr. Rommelspacher das Wort.

Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Kollege Ellerbrock hat noch einmal eindrucksvoll belegt, warum die FDP im Ruhrgebiet bei Kommunalwahlen nie über 2 % kommt. Das wird auch so bleiben. Und das ist gut so.

Ansonsten stehen wir mit der heutigen Abstimmung am Ende eines Beratungszyklus, der - wenn man es ganz genau nimmt - schon im Jahr 1996 begonnen hat. Da fand die erste große Anhörung im damaligen Ausschuss für Verwaltungsstrukturreform statt. Damit wurde versucht, die Situation weiterzuentwickeln, die geschaffen worden

war, als 1975/76 der damalige Siedlungsverband aufgelöst wurde.

Was danach passiert ist, ist uns allen bekannt. Das ist eine Geschichte mit großen Höhen und Tiefen. Die reichen von dem Versuch, jegliche kommunale Organisation im Ruhrgebiet kaputtzumachen, bis zu dem, was wir heute beschließen werden, nämlich der gründlichen Reform des Kommunalverbands.

Meine Damen, meine Herren, um einem Missverständnis vorzubeugen, das insbesondere der Kollege Rüttgers derzeit eifrig kultiviert: Wir entscheiden heute über eine Reform im Kommunalbereich. Wir beenden aber auch eine Phase des E-tatismus, also der überzogenen Staatlichkeit, und werden dadurch den großen polyzentrischen Ballungsraum zwischen Ruhr und Emscher wieder in den Stand versetzen, seine Entwicklung in die eigenen Hände zu nehmen.

Wir tun das, indem wir auf drei Ebenen handeln:

Erstens. Wir machen eine gründliche innovative Reform der Regionalplanung.

Zweitens. Wir geben dem neuen Regionalverband eine Reihe attraktiver und regional bedeutsamer Kompetenzen.

Drittens. Last not least: Seine Verfassung wird demokratischer und seine Finanzbasis besser.

Zur Planung: Ein zentraler Punkt unserer Reform ist die Verschiebung des Verhältnisses zwischen Staat und Kommunen. Mit dem neuen § 10 a Landesplanungsgesetz ermöglichen wir eine kommunal verfasste Regionalplanung. Wir geben die seit 1975 bei den RPs angesiedelte Regionalplanung, Gebietsentwicklungsplanung dann wieder an die Kommunen zurück, wenn sie mit ihren Nachbarn kooperieren und wenn sie sich in dem Rahmen halten, den die Landesplanung ihnen gibt. Ein so zustande gekommener Regionaler Flächennutzungsplan ersetzt den Gebietsentwicklungsplan.

Meine Damen, meine Herren, wir geben den Kommunen mehr Kompetenzen, wir sparen eine gesamte Planungsebene ein. Das ist eine echte Regionalisierung. Von wegen Zwangsverwaltung, Herr Ellerbrock! Das ist Entbürokratisierung. Wir geben den Kommunen Aufgaben. Und wir machen mitnichten den Flickenteppich, den die CDU sich bemüht herbeizureden.

Denn zu den Pflichtaufgaben des neuen Verbandes gehören die Masterpläne. Da, wo es sinnvoll ist, z. B. bei dem Masterplan Regionale Siedlungsstruktur, wird der Verband ihn dem Pla-

nungsminister vorlegen, der die Übereinstimmung mit der Landesplanung prüfen und den Verband zum Träger der Regionalplanung erklären wird. Das gibt dann den Rahmen, innerhalb dessen sich die regionalen Flächennutzungspläne der Kommunen, der kommunalen Planungsgemeinschaft, bewegen.

Damit haben wir im Gegensatz zu dem inzwischen gut 40 Jahre alten Instrument des GEP ein neues, innovatives, flexibles und in die Hände der Region gelegtes Instrument zur regionalen Entwicklung. Das ist mehr, besser, flexibler und auch kommunalfreundlicher als das, was die CDU macht, nämlich verzweifelt an dem über 40 Jahre alten Instrument festzuhalten.

Dass dem so ist, kann ich auch am Beispiel der Einlassungen der Stadt Gelsenkirchen zu unserer Anhörung vom Mai letzten Jahres belegen. Da schreibt uns allen unter der Zuschrift 13/2871 der Oberbürgermeister, dass sie das Instrument der regionalen Flächennutzungspläne wollen, dass die alte Gebietsentwicklungsplanung zwar logisch ist, aber keine Steuerungswirkung mehr hat. Am Ende schreibt uns der Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, dass sie im Spannungsfeld von stadtregeralem Masterplan und regionalem Flächennutzungsplan ihre Entwicklung und ihre Zukunft sehen.

Genau das passiert, Herr Rüttgers. Sie wissen einfach nicht, was Ihre Leute im Ruhrgebiet machen. Sie verrennen sich hier in eine Idee, sehen nicht nach rechts und nicht nach links und kriegen dementsprechend auch die Kritik der CDU-Oberbürgermeister aus dem Ruhrgebiet.

Zusätzlich zu der Planungsreform, meine Damen, meine Herren, gibt es einen ganzen Kranz wichtiger Pflichtaufgaben im Bereich Freiraumsicherung, im Bereich Wirtschaftsförderung, im Bereich Großstandortentwicklung, im Bereich Regionalmarketing, im Bereich Tourismus und darüber hinaus die bereits vom Kollegen Groschek erwähnte freiwillige Möglichkeit, Projekte der Projekt Ruhr GmbH zu übernehmen, last not least die bereits erwähnte breitere demokratische Legitimation und die Finanzierungsbasis, die das Ruhrgebiet wirklich auf neue Beine stellt.

Lieber Herr Kollege Rüttgers, Sie haben den Realitätstest nicht bestanden. Sie nehmen nicht zur Kenntnis, was Ihre CDU-Kommunen im Ruhrgebiet machen, auch nicht deren Kritik. Ich lese hier mit Interesse: "Gipfel Rüttgers/Steinbrück ist Kungelrunde, CDU-Oberbürgermeister beschwerten sich, dass sie als Hauptbetroffene nicht dabei sind." Und so weiter und so fort! Das interessiert

Sie nicht. Sie interessiert auch nicht, was die Kommunen machen.

Die Kommunen wollen ausweislich der Einlassung der Stadt Gelsenkirchen den regionalen Flächennutzungsplan, sie wollen den Masterplan, sie wollen genau diese Reform, dürfen es aber nicht.

Sie, Herr Rüttgers, sind der großen Geste erlegen. Sie sagen Nein zum Ruhrgebiet und versuchen gleichzeitig, auf dem fahrenden Zug der Verwaltungsreform zu bleiben. Das ist unglaublich unwürdig.

Ich stelle also, was das Agieren der CDU angeht, eine tiefe Spaltung fest: auf der einen Seite Herr Rüttgers, der versuchen muss, aus der Opposition heraus klar zu machen, dass im Jahre 2005 alles besser wird, wenn die Menschen ihn denn wählen; auf der anderen Seite die Kollegen von der CDU, die schon im Sattel sitzen.

Die müssen im Gegensatz zu Ihnen, Herr Rüttgers, nicht das Bestehende schlecht machen, sondern müssen beweisen, dass sie jetzt etwas verändern, und deswegen wollen sie mitmachen. Deswegen macht auch Gelsenkirchen mit, deswegen machen auch die anderen CDU-Kommunen mit, etwa Essen, wo ich lebe.

Ihr Taktieren in der Vier-plus-vier-Runde wirkt in diesem Zusammenhang nur noch merkwürdig.

Meine Damen, meine Herren, mit dem heutigen Tag und mit diesem Gesetz machen wir das Ruhrgebiet zum Trendsetter gegen Kirchtumspolitik und für kommunale Kooperation.

Es hätte Ihnen gut angestanden, auch einen aus dem Ruhrgebiet reden zu lassen und einen aus dem Ruhrgebiet in Ihre Vier-plus-vier-Runde hinzuzunehmen und bei diesem Zug mitzumachen. Sie haben das nicht gemacht. Sie haben Opposition gespielt, Sie haben die große Geste gesucht,

(Zurufe von der CDU)

Sie haben sie gefunden. Dann müssen Sie halt die Suppe auslöffeln, die Sie sich eingebrockt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Rommelspacher. - Für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Minister Dr. Horstmann das Wort.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Herr Präsident! Meine

sehr verehrten Damen und Herren! Ich will gern bekennen, dass mich manche der Stichworte, die in der Diskussion bisher gefallen sind, durchaus irritiert haben.

Herr Ellerbrock, Ihr Stichwort "Kohle" lasse ich jetzt einmal ganz weg. Sie wissen, dass ich für Ausflüge in die montanindustrielle Geschichte des Ruhrgebiets fast immer zu haben bin. Darüber können wir uns wirklich ausführlich unterhalten. Aber ob das nun hierhin gehört, das wage ich zu bezweifeln.

Einschlägiger und vielleicht auch verräterischer sind die Stichworte, die Herr Kollege Rüttgers genannt hat. Ich habe gehört, Herr Kollege Rüttgers: Rechtliche Verbindlichkeit, Verwaltung, Zuständigkeit. Das waren Ihre Worte in Ihrem Redebeitrag eben.

Unsere Stichworte lauten anders. Sie lauten: Kommunale Selbstverwaltung, bessere Zusammenarbeit der Akteure im Ruhrgebiet und weniger Bürokratie. Das ist das, was wir erreichen.

Dieser Gesetzentwurf verwirklicht, was die Planung angeht, dreierlei. Erstens: Entscheidungen werden dort angesiedelt, wo sie am sachgerechtesten getroffen werden können. Zweitens: Es werden Anreize gesetzt für die von vielen oft so vermisste Zusammenarbeit im Ruhrgebiet. Drittens: Verfahren sollen so ausgestaltet werden, dass schnelle Entscheidungen möglich sind.

Dies alles ermöglicht der Artikel I des Landesplanungsgesetzes für den Bereich des Ruhrgebiets. Er ermöglicht, dass die Städte im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit z. B. die Standortplanung für Gewerbeansiedlungen in eigene Hände nehmen können.

Dazu dient das Instrument des regionalen Flächennutzungsplans, das ich erstmals für Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen habe. Mit diesem Regionalen Flächennutzungsplan werden kommunale und staatliche Planung erstmals zusammengeführt, aus zwei Planungsebenen entsteht eine. Das ist ein konkreter Beitrag zum Abbau von Bürokratie, und das ist doch das, was wir alle als Wort im Mund führen.

Eine solche Kooperation muss sich entwickeln - diese Auffassung habe ich immer vertreten - und darf nicht von oben verordnet werden. Die Anstöße für eine nachhaltige Regionalentwicklung können nur von den Akteuren vor Ort ausgehen, weil sie die Experten in eigener Sache sind. Sie haben das Wissen darüber, was für ihre Region am besten ist.

Deshalb ist der Regionale Flächennutzungsplan ein Angebot, ein Anreiz für eine bessere Kooperation der Kommunen im Ruhrgebiet, die zu Recht von vielen vermisst wird.

Damit die Region zum Handlungsraum wird und sich das innovative Potenzial besser entfalten kann, werden die planerischen Rahmenbedingungen geändert. Mit dem Gesetz zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit eröffnen wir den Kommunen neue Handlungsspielräume.

Ich setze darauf, dass diese Spielräume auch genutzt werden. Ich setze darauf, dass in diesem Zeitraum von fünf Jahren, um den es zunächst einmal geht, im Ruhrgebiet neue Kompetenzregeln erprobt werden, die dann im Falle der Bewährung auf ganz Nordrhein-Westfalen übertragen werden können.

Dazu gehört auch, dass der Regionalverband für das Ruhrgebiet in Zusammenarbeit mit den Gemeinden abgestimmte Prioritäten für Vorhaben, Projekte, Kultur, Tourismus usw. in Masterplänen festlegen kann. Genau dies haben die Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrgebietes gewollt. Dieses Instrument bekommen sie.

Herr Kollege Rüttgers und meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Sie haben uns einen Änderungsantrag vorgelegt, der beinhaltet, dass in Zukunft die Gebietsentwicklungsplanung durch den Kommunalverband vorgenommen werden soll. Da heißt es: Der Regionalverband stellt einen Gebietsentwicklungsplan auf.

Ist das wirklich Ihre Absicht? Wollen Sie die Administration im Ruhrgebiet - den KVR und die Administration der Städte und Kommunen - mit der Aufgabe überziehen, jetzt einen neuen Gebietsentwicklungsplan für das gesamte Ruhrgebiet aufzustellen? Wo liegt der Sinn einer solchen Vorschrift?

(Beifall von Dr. Thomas Rommelspacher
[GRÜNE])

Das ist ein völlig überkommenes etatistisches Denken. Dabei handelt es sich um die Anordnung, sinnlos Verwaltungsmühlen zu drehen, was niemandem weiterhelfen wird.

Wir brauchen vielmehr intelligente Lösungen für die Freiraumsicherung und für eine bessere Lebensqualität im Ruhrgebiet. Darüber hinaus brauchen wir ein gutes Regionalmarketing. Aus diesem Grunde benötigen wir die schnelle Entwicklung von Gewerbestandorten, zu denen wir mithilfe von Regionalen Flächennutzungsplänen in der halben Zeit kommen können, die heute nötig ist.

Dafür brauchen wir eine Kooperation und die gemeinsame Entwicklung der Kommunen im Ruhrgebiet.

Ich glaube, dass das mit diesem Gesetz geleistet wird. Es ist ein wichtiges Angebot für die politischen Akteure im Ruhrgebiet. Ich setze darauf, dass dieses Angebot angenommen wird. Es wird sich bald zeigen, dass es so sein wird. Denen, die sich des Instruments des Regionalen Flächennutzungsplanes bedienen wollen, sage ich ein herzliches "Glück auf!".

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Minister Horstmann. - Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Dr. Behrens.

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich will zu anderen Aspekten etwas sagen.

Es geht bei diesem Gesetz nicht nur um die Landesplanung, sondern auch um weitere Aufgabenerfüchtigung für den RVR, wie er künftig heißen soll. Es geht auch um kommunale Zusammenarbeit in anderen Teilen dieses Artikelgesetzes.

Zunächst einmal zu den Punkten, die hierzu für das Ruhrgebiet zu sagen sind:

Wir wollen mit diesem Gesetzentwurf dem Ruhrgebiet - den Gemeinden und Kreisen - einen Handlungsrahmen schaffen, der die kommunale Zusammenarbeit erleichtern soll. Es geht nicht, um Missverständnissen auch in der öffentlichen Diskussion vorzubeugen, um staatliche Verwaltung, es geht auch nicht um Regierungsbezirke.

Den Willen zu dieser kommunalen Zusammenarbeit müssen die Akteure im Ruhrgebiet schon selber haben. Dabei kann sie keine Landesregierung und auch nicht der Landesgesetzgeber vertreten.

Die Aufgabe von Landesregierung und Landtag besteht darin, denjenigen die Möglichkeit zu geben und ihnen freie Bahn dafür zu schaffen, die über den derzeitigen gesetzlichen Rahmen hinaus künftig im Ruhrgebiet enger zusammenarbeiten wollen. Das ist etwas Ähnliches wie die Philosophie "Hilfe zur Selbsthilfe". Alles, was hierzu auf dem Tisch des Hauses liegt - es handelt sich um mehrere Gesetzentwürfe und um einen Antrag der FDP-Fraktion -, ist getragen von dem Ziel, für eine solche Zusammenarbeit Erleichterung zu bringen.

Meine Damen und Herren, diese Hilfe ist jetzt notwendig. Das sage ich nach unserem Gespräch am gestrigen Abend auch an Herrn Rüttgers ge-

wandt. Wir sind uns, denke ich, in der Einschätzung einig, dass eine tief greifende und vor allem auch staatliche Verwaltungsreform in dieser Legislaturperiode nicht zu schultern ist, weil das, was für eine solche Reform angepackt werden müsste, so umfassend ist und weil dabei so viele Fragen auftauchen, dass man das nicht bis Mai nächsten Jahres verabredet und durchgesetzt haben kann.

Deshalb ist es für das Ruhrgebiet nötig, vor der nächsten Legislaturperiode auch des Kommunalparlaments im Ruhrgebiet, der künftigen Regionalversammlung, jetzt Entscheidungen zu treffen. Deshalb ist es richtig, heute in diesem Parlament Entscheidungen zu fällen.

Meine Damen und Herren, wir haben uns gestritten über den Weg zu dem Ziel, das ich eingangs beschrieben habe. Zu Fragen der Planung hat der Kollege Horstmann einiges ausgeführt. Das lasse ich weg. Ich will auf drei Komplexe kurz eingehen, die in dem Gesetzentwurf darüber hinaus angesprochen sind.

Es geht einmal - auch das nur ganz kurz - um den Zusammenhang zwischen diesem Gesetzentwurf zur Stärkung der kommunalen Verwaltungskraft im Ruhrgebiet und den Gesamtfragen der Verwaltungsstrukturreform im Land.

Ich denke, es ist klar, dass in der Verwaltungsstrukturreformdebatte im Lande durch dieses Gesetz kein Schlusspunkt gesetzt wird. Solange das Land existiert und auch schon weit vorher - auch schon zu Preußens Zeiten - ist die Geschichte dieser Region und dieses Landes auch eine Geschichte der Reformen seiner Verwaltungen. Das wird auch künftig so bleiben. Es wird keinen Schlusspunkt geben, sondern die Verwaltungsreform bleibt eine Daueraufgabe.

Andere Reformen als diese haben vor allem den staatlichen Sektor im Blick. Das ist auch richtig. Wir werden in den Gesprächen - gestern haben wir sie weitergeführt -, die wir fortsetzen werden, vor allem auch den staatlichen Sektor in den Blick zu nehmen haben.

Jetzt liegt die konkrete Entscheidung über die Frage an: Wie kann dem Ruhrgebiet bei den Herausforderungen der Zukunft konkret geholfen werden, indem wir die kommunale Zusammenarbeit erleichtern.

Insofern bedeutet die heutige Entscheidung auch keinen Schnellschuss, wie behauptet worden ist, sondern es handelt sich um den längst fälligen Schlusspunkt unter eine Debatte, die Jahre gedauert hat. Das hat Herr Rommelspacher gerade

angesprochen. Ich selber habe mich an dieser Debatte seit Mitte der 80er-Jahre, seit ich Verantwortung trage, immer wieder mehr oder weniger öffentlich beteiligt.

Aus dem Ruhrgebiet ist immer wieder die Forderung erhoben worden, weitere Möglichkeiten zu schaffen, um kommunal intensiver zusammenarbeiten zu können. Ich begrüße es, dass der Landtag dieser Bitte aus dem Ruhrgebiet heute entsprechen will. Es ist höchste Zeit. Dies umso mehr, als dadurch meine seit langem gefestigte Überzeugung eine Bestätigung erfährt, dass dies nötig ist. In Sachen Verwaltungsreform bedarf es eben eines langen Atems.

Wenn der Landtag den von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Gesetzentwurf verabschiedet, dann erhalten die Verantwortlichen im Ruhrgebiet endlich Gelegenheit zu zeigen, dass sie das, was sie sagen, auch tun wollen. Der Gesetzentwurf legt dafür eine solide Grundlage und weist auch Wege. Er befreit die Verantwortlichen im Ruhrgebiet von der Notwendigkeit, sich in einem langen Prozess auf die großen Handlungsfelder zu verständigen, auf denen man gemeinsam voranschreiten will. Das ist auch der Weg, den die FDP gehen wollte. Das erspart ihnen der Gesetzgeber, indem er diese Entscheidung selbst trifft. Aber die konkreten Projekte und die Ausfüllung dieses Rahmens müssen nun die Akteure im Ruhrgebiet selber leisten.

Zum anderen stärkt dieser Gesetzentwurf die Entscheidungsstrukturen im Verband, indem er auch die Oberbürgermeister und die Landräte der Mitgliedskörperschaften in den Entscheidungsprozess im Verband einbindet. Vor dem Hintergrund habe ich keinerlei Verständnis für diejenigen, die jetzt wieder ganz verzagt fragen: Bekommen da die Hauptverwaltungsbeamten nicht ein Übergewicht? Nein, ich halte es für richtig, die Stärkung der Verwaltungsebene in der Verbandsversammlung mit einzubringen und vorzusehen.

Dieser Gesetzentwurf war lange fällig. Er wird auch in den übrigen Teilen des Landes künftig die kommunale Zusammenarbeit erleichtern. Wichtig ist, dass endlich Entscheidungen des Landesgesetzgebers getroffen werden, die dem kommunalen Willen und Wollen entgegenkommen und mehr Freiheiten für das Zusammenarbeiten schaffen. Das ist für die Entwicklung unseres Landes von erheblicher Bedeutung.

Wenn das Artikelgesetz heute verabschiedet werden wird, gibt es künftig vor allem für das Ruhrgebiet keine Gelegenheit mehr, sich hinter dem breiten Rücken des Landes zu verstecken. Dafür gibt

es aber die neue Gelegenheit - ich nenne das eine Chance -, aus eigener Kraft das zu tun, was man für richtig hält. Wir schaffen einen Rahmen, der jetzt ausgefüllt werden muss. Diese Chance muss künftig vor allem durch die Verantwortlichen im Ruhrgebiet genutzt werden.

In diesem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen, fordere ich Sie auf: Geben Sie mit Ihrer Zustimmung zum Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen Handlungsfreiheit für das Ruhrgebiet! - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linsen: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Behrens. - Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Britz.

Franz-Josef Britz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Groschek hat in seiner unnachahmlichen Art den Dialog eingefordert. Sie sind offensichtlich dialogbereit, aber, wie ich feststellen muss, nicht dialogfähig, Herr Kollege Groschek. Dass Sie in der Frage der Regionalplanung nicht auf uns hören, will ich noch unter parteipolitischer Blindheit abhaken. Aber dass Sie weder auf die Gutachter in unserem Verfahren noch auf die Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrgebiets hören, kann ich nur unter dem Gesichtspunkt sehen: Sie sind gar nicht zu einem Dialog bereit. Sie fordern ihn formal ein, aber Sie führen ihn dann gar nicht.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein durchgängiges Element der gesamten Debatte über die Reform des Kommunalverbandes Ruhrgebiet, die heute ihren Abschluss findet. Da wird immer wieder gesagt: Wir sind zum Dialog bereit.

Ich habe die zweifelhafte Freude gehabt, an einem Gespräch teilzunehmen, in dem wir den Kollegen der SPD die Frage gestellt haben: Was ist mit § 10 a überhaupt gemeint? Wie soll sich das praktisch vollziehen? Die Antwort lautete: Da müssen wir noch einmal mit unserem Minister sprechen; der hat das bisher noch nicht herausgerückt. - Das, was jetzt vorliegt, ist nicht viel besser. Ich bin fest davon überzeugt, wenn wir ernsthaft in einen Dialog über diese Frage eintreten würden, würden wir einen Weg finden, wie wir für die Regionalplanung die Interessen des Landes aus der Sicht der Landesplanung, die Sicht der Region und die Sicht der Kommunen übereinander bekommen.

Was lese ich gestern in der Zeitung? Wer die Oberbürgermeister der CDU im Ruhrgebiet kennt - ich kenne sie alle, und ich kenne auch die anderen -, weiß, dass sie von uns nicht in dem Sinne zu beeinflussen sind: Sagt mal schön was im Interesse der Parteiäson! Gestern war zu lesen: "Oberbürgermeister fühlen sich gefesselt - neuer RVR wäre 'Verschlimmbesserung'"

(Beifall bei CDU und FDP)

Genau das ist die Meinung der Oberbürgermeister der CDU im Ruhrgebiet. Und darauf berufen Sie sich noch, wenn Sie das verabschieden, was Sie jetzt vorgelegt haben.

(Heinz Wirtz [SPD]: Die tun das aus Parteiäson!)

Kollege Dr. Rommelspacher, wir kommen aus der gleichen Stadt. Sie haben ja eingefordert, dass hier jemand aus dem Ruhrgebiet spricht. Ich bin aus dem Ruhrgebiet, und ich glaube, dass ich mindestens genauso wie der Minister, der auf lange Diskussionen zurückgegriffen hat, an diesem Prozess beteiligt bin. Das ist die eigentliche Crux bei der Diskussion, die wir auch heute führen. Der Herr Minister hat gesagt: Das muss jetzt alles schnell gehen - auf der einen Seite mit dem RVR, und auf der anderen Seite müssen wir uns für die große Reform Zeit nehmen. - Woran liegt das denn, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition, dass das aus Ihrer Sicht jetzt so hoppla-hopp gehen muss? Wir haben auch für das Ruhrgebiet zehn Jahre der Diskussion vertan,

(Beifall bei CDU und FDP)

und das ist eindeutig Ihr Versäumnis und nicht unseres.

Lassen Sie mich zu den entscheidenden Punkten, die aus unserer Sicht dazu führen, dass wir Ihrem Gesetzentwurf nicht zustimmen, noch einmal kurz Stellung nehmen. Ich will das auch in Bezug auf die Anhörung tun, die am 28. Mai stattgefunden hat. Dabei hat Gutachter Dr. Greiving zur Regionalplanung vorgetragen - ich zitiere -:

"Die Ideallösung wäre eine Regionalplanungskompetenz für diesen Raum."

Damit meint er das Ruhrgebiet. - An anderer Stelle sagt er:

"Hier wird das Richtige gewollt:"

- damit meint er die Absicht auch im Antrag der Koalitionsfraktionen -

"regionale Kompetenz stärken."

Das ist das Richtige, was Sie wollen.

"Allerdings geschieht das mit dem falschen Instrument - zumindest bezüglich des Ruhrgebiets mit den regionalen Flächennutzungsplänen."

Das ist die Beurteilung eines Sachverständigen. Sie steht beispielhaft für die Stellungnahmen der Professoren Davy, Lehner und Blotevogel.

Das haben Sie alles gehört und dann nicht zur Kenntnis genommen: gehört und verworfen. Da hätten Sie besser hinhören und folgen sollen; denn dabei wäre ein Gesetzentwurf herausgekommen, den wir mittragen könnten.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch einen Satz zum zweiten Punkt, der Mitgliedschaft der Kommunen aus dem Ruhrgebiet und auch der Kreise, sagen: Wenn wir es nicht hinkommen, dass in Richtung einer Gesamtreform sowohl kommunale wie staatliche Aufgaben dort wahrgenommen werden, dann ist die Reform in Nordrhein-Westfalen gescheitert, bevor sie begonnen hat.

(Beifall bei der CDU)

Wegen der Wahrnehmung auch staatlicher Aufgaben ist es wichtig, dass wir eine Mitgliedschaft der Körperschaften im Gesetz haben, das wiederum aufzählt, wer diesem Verband angehört. Denn es kann doch nicht sein, dass die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben in die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft einer Kommune gestellt wird. So geht es doch nun wirklich nicht.

Der dritte Punkt! Irgendjemand - ich glaube, es war der Herr Minister - hat vorhin von zaghaften Äußerungen gesprochen, die die hervorgehobene Stellung der Oberbürgermeister und Landräte hinterfragt hätten. Ich bin als ehrenamtlicher Kommunalpolitiker der Letzte, der zaghaft mit Oberbürgermeistern umgeht. Aber es wäre von der Struktur dieser Versammlung her falsch angelegt, durch eine verbindliche Mitgliedschaft der Oberbürgermeister und Landräte, die dann auch noch in einem Vorstand hervorgehoben würde, deren Rolle überzubetonen. Mir und uns ist daran gelegen, dass sie beteiligt werden. Das geht ganz normal im Rahmen der Entsendungsmöglichkeit über die Gemeindeordnung: Der Oberbürgermeister und der Landrat haben den ersten Zugriff. Sie können entweder selber teilnehmen oder jemand anderen schicken. - Das ist überhaupt kein Thema.

Wenn die Oberbürgermeister den Verband ernst nehmen - und davon gehe ich aus -, dann werden

sie dort auch Mitglied werden. Aber man muss ihnen nicht noch das Sahnehäubchen oben draufsetzen und sagen: Ihr bildet den Vorstand. - Dann haben wir nämlich wirklich Mitglieder zwei verschiedener Kategorien in dieser Verbandsversammlung, und das wollen wir nicht. Wenn Sie das wollen, dann müssen Sie das sagen.

Meine Damen und Herren, wir stehen am Ende einer Diskussion, die sehr wechselhaft war; das ist schon gesagt worden. Wir haben eine Diskussion hinter uns, die große Chancen offenbarte. Dabei denke ich insbesondere an die die Diskussion Ende der 90er-Jahre. Diese Chance ist vertan. Wir sind aber zu weiteren Gesprächen bereit; das hat unser Fraktionsvorsitzender ausdrücklich gesagt.

Die Entscheidung, die Sie heute fällen werden und die wir für falsch halten, wird uns nicht daran hindern, mit Ihnen konstruktiv an einer großen Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen zusammenzuarbeiten. Gleichwohl halten wir das, was heute hier verabschiedet werden soll, für unzureichend. Es hilft dem Ruhrgebiet nicht, sondern macht die Lage im Ruhrgebiet schlechter, als sie es vorher war.

Dies wird auch durch Äußerungen von Oberbürgermeistern belegt, die sagen: Wenn nur das kommt, was in dem Gesetzentwurf steht, dann können wir lieber alles so lassen, wie es ist. - Das wollen wir auch nicht. Die Chance haben wir gehabt. Leider haben Sie durch mangelnde Bereitschaft, auf unsere Vorschläge einzugehen, diese Gelegenheit nicht genutzt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Kollege Britz. - Für die SPD spricht Dr. Kasperek.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bemerkenswert war - und das muss hier erwähnt werden -, dass der erste Satz in der Rede des Herrn Fraktionsvorsitzenden der CDU direkt unter die Gürtellinie ging. Es war kein Sachbeitrag, sondern er wollte dem Kollegen Groschek einen Tiefschlag versetzen. Da war er kreativ. Bei allen anderen Fragestellungen habe ich in den Ausführungen der CDU Kreativität vermisst.

(Beifall bei der SPD)

Polemik, meine Damen und Herren, ersetzt aber keine Sachargumente. - Das war meine erste Vorbemerkung.

Zweitens möchte ich an den Anfang stellen, dass es absurd wäre, alle Fragen zum Ruhrgebiet, die wir im Zusammenhang mit der Neuordnung und der Verwaltungsstrukturreform des Landes ansprechen wollen, auf die lange Bank zu schieben, bis die Landesfragen geklärt sind. Das wäre unverantwortlich. Das Ruhrgebiet braucht jetzt weitere Möglichkeiten, um für die eigene Weiterentwicklung zu sorgen.

Die Revier-Oberbürgermeister haben im OB-Papier ausdrücklich das gefordert, was wir in den Gesetzentwurf hineingeschrieben haben. Stellen Sie die Situation hier doch nicht völlig falsch dar. Auch wenn der eine oder andere CDU-Bürgermeister oder CDU-Politiker aus Parteiräson abgetaucht ist: Die Landtagsanhörung hat uns in wesentlichen Teilen hinsichtlich des Instruments des Regionalen Flächennutzungsplans und der Master-Pläne bestätigt, und das OB-Papier hat uns genauso bestätigt.

Wir haben hier ein modernes Instrument der Planung. Wir werden mit diesem Instrument mehr Kommunalisierung und den Wegfall einer Ebene erreichen, die kommunale Zusammenarbeit und die Freiwilligkeit in den Kommunen stärken. Genau das wollen und brauchen die Kommunen. Das Gleiche gilt für die Master-Pläne.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD): Wir brauchen keinen GEP oder eine andere bürokratische Fessel für das gesamte Ruhrgebiet, sondern eine themenabhängige Zusammenarbeit. Diese themenabhängige Zusammenarbeit hat ganz unterschiedliche Formen. Der Master-Plan bietet dafür die Gelegenheit.

In dem Sinne, meine Damen und Herren: Sie sind strukturkonservativ.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Kollege.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD): Sie sind unflexibel. Wir bieten hier den Kommunen und dem Ruhrgebiet eine Möglichkeit für eine flexible Zukunftsgestaltung. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Kasperek. - Nunmehr hat Herr Rimmel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich hatte während der Debatte zeitweise das Gefühl, dass wir uns mit uns selbst beschäftigen. Wenn die Menschen im Ruhrgebiet diese Debatte verfolgt hätten, hätten sie sich gefragt, worum es eigentlich geht. Worum es geht, muss noch einmal ins Zentrum der Debatte gerückt werden.

Es geht darum, die größte Metropolenregion unseres Landes auch auf der Ebene der europäischen Metropolenregionen nach Paris und London mitspielen zu lassen. Das Ruhrgebiet soll in die erste Liga. Das ist das zentrale Anliegen in den Bereichen Stadtentwicklung, Verkehr, Kultur, Tourismus und Erholung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist das zentrale Anliegen dieser Debatte, nicht das Klein-Klein einer formalen Planungsdebatte. - Das war meine erste Bemerkung.

Zweite Bemerkung. Ich habe das Gefühl, dass wir in der Debatte von einer Hilfehaltung, die ein bisschen paternalistisch im Sinne von "Wir müssen dem Ruhrgebiet helfen" ist, weggekommen sind. In der Vergangenheit gab es die Haltung, die von oben herab dem Ruhrgebiet vorschrieb, was es tun sollte, oder es gibt, wie von der FDP gefordert, eine Laissez-faire-Haltung.

Nein, wir brauchen Verbindlichkeit auf der einen Seite und Freiheit auf der anderen Seite. Die Tür ist offen. Das Ruhrgebiet muss selber durch die Tür gehen. Die Chancen haben wir heute für das Ruhrgebiet auf den Tisch gelegt.

Eine letzte Bemerkung zu Herrn Rüttgers und dem Verhalten der CDU: Es ist zutreffend, dass wir fachpolitisch in der Frage der Gesamtplanung eher beieinander liegen. Allerdings - und das formuliere ich als Frage -: Politik ist prozesshaft. Und in diesem Fall ist der Prozess abgelaufen. In einem solchen Prozess muss man sich bewegen und sehen, wie die Diskussionspartner auf der anderen Seite agieren.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Johannes Remmel (GRÜNE): Die Oberbürgermeister sind nun einmal da gewesen und haben mit CDU-Einverständnis ein großes Papier vorgelegt. Der Gesetzentwurf orientiert sich daran. Offensichtlich hatten Sie weder Zeit noch Lust, sich diesem politischen Prozess zu stellen. Das finde ich schade. Dann müssen wir es eben alleine ma-

chen und die Verantwortung, der wir uns heute stellen, übernehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4961** ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag der CDU? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt** worden.

Ich lasse jetzt abstimmen über die Ziffer 1 der **Beschlussempfehlung** des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform **Drucksache 13/4902**. **Ziffer 1** sieht vor, den Gesetzentwurf der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/3538** - Neudruck - anzunehmen. Wer ist für diese Empfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Empfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **angenommen** worden.

Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt abstimmen über die **Ziffer 2** der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4267** abzulehnen. Wer ist für diese Empfehlung des Ausschusses? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Empfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP gegen die Stimmen der CDU **angenommen** worden.

Jetzt lasse ich abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/2333**. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Entschließungsantrag **Drucksache 13/2333** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **angenommen** worden.

Als Nächstes lasse ich abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4956**. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Entschließungsantrag der FDP mit den Stimmen der Koalitions-

fraktionen und der CDU gegen die Stimmen der FDP **abgelehnt** worden.

Ich lasse schließlich abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4960**. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt** worden.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

3 **Gesetz zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung im Mittelstand (Mittelstandsentwicklungsgesetz - MEG)**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3733

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
Drucksache 13/4782

zweite Lesung

In Verbindung damit:

Gesetz zur Stärkung des Mittelstandes und zur Privatisierung in NRW (Mittelstands- und Privatisierungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3771 - Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
Drucksache 13/4783

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion dem Kollegen Bischoff das Wort.

Werner Bischoff (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Mittelstandsgesetz ist Anfang 2003 in Kraft getreten.

(Unruhe - Glocke)

Die Opposition hat nach unserer Auffassung viel Zeit benötigt, um in dieser Frage thematisch überhaupt etwas auf die Beine zu stellen. Was für den Entwurf der CDU gilt, gilt auch für den Entwurf der FDP. Sie reichen beide nicht an die guten Vorlagen der Landesregierung heran.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Alle Fraktionen des Landtags Nordrhein-Westfalen und auch die Landesregierung haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die mittelständischen Unternehmen eine der tragenden Säulen der Wirtschaft unseres Landes sind. Das belegen Zahlen und Fakten über den Mittelstand.

An dieser Stelle möchte ich kurz ein wichtiges Faktum erwähnen: Tatsache ist - das wissen wir -, dass sich der größte Teil der Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen, nämlich rund 73 %, in kleinen und mittleren Unternehmen befindet.

(Unruhe)

Ganz wichtig ist auch der Hinweis, dass über 80 % aller Ausbildungsplätze in Nordrhein-Westfalen in mittelständischen Industrien angesiedelt sind. Dort besteht für viele junge Menschen die Möglichkeit, überhaupt einen Einstieg in das Berufsleben zu finden.

Daran wird deutlich, dass die mittelständischen Unternehmen zu den Wachstumsmotoren in unserem Lande gehören. Über 50 % des Bruttoinlandsproduktes werden von kleineren und mittleren Unternehmen produziert. Sie stellen damit ein Beispiel innovativer Branchen dar. Ich erwähne das deswegen, weil Nordrhein-Westfalen in diesem Feld eine Spitzenposition hat. Dies verdanken wir insbesondere der mittelständischen Industrie.

(Anhaltende Unruhe)

Wenn wir diese Fakten immer wieder herausstellen und unterstreichen, dass die mittelständische Industrie zu fördern ist, bedeutet das auch: Wir müssen alles tun, damit die politischen Rahmenbedingungen so beschaffen sind, dass auch diese Unternehmen die Chance haben, die Wirtschaft in unserem Lande als Zukunftsbranchen mitzugestalten. Kleine und mittlere Unternehmen müssen auch durch Förderbeihilfen und Fördermaßnahmen verzahnt werden. Sie müssen für viele junge Menschen und Unternehmer die Chance bieten, als Existenzförderer in diesen Bereich einzusteigen.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Kollege Bischoff, darf ich Sie für einen Moment unterbrechen? - Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie die Zahl der Gespräche etwas reduzieren würden, könnten wir dem Redner auch richtig zuhören. - Bitte schön, Herr Bischoff.